

## Informationen zur Erhebung von personenbezogenen Daten nach Art. 13 DSGVO

1. Die Datenschutzhinweise erfolgen im Zusammenhang mit Ihrem Antrag auf Verkehrsrechtliche Erlaubnis für eine übermäßige Straßenbenutzung.
2. Verantwortlich für die Datenerhebung ist der Landkreis Saalekreis, Domplatz 9, 06217 Merseburg, E-Mail: [info@saalekreis.de](mailto:info@saalekreis.de), Tel.: 03461 40-0
3. Der Datenschutzbeauftragte des Landkreis Saalekreis:  
Datenschutzbeauftragter Landkreis Saalekreis  
Domplatz 9, 06217 Merseburg  
E-Mail: [datenschutzbeauftragter@saalekreis.de](mailto:datenschutzbeauftragter@saalekreis.de), Tel.: 03461 40-2828
4. a) Ihre Daten werden zur Durchführung des Erlaubnisverfahrens erhoben. Es wird die Zuverlässigkeit des Veranstalters geprüft und ob verkehrliche Belange entgegenstehen. Weiterhin findet eine Abstimmung mit den Sicherheitsbehörden statt.  
b) Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e DSGVO in Verbindung mit § 29 Abs. 2 StVO verarbeitet.
5. Ihre personenbezogenen Daten werden intern verwendet. Eine elektronische Weitergabe erfolgt an die Sicherheitsbehörden, (Polizei, Rettungsdienst) sowie erforderlichenfalls an weitere Behörden und erlaubnisrelevante Stellen um verkehrliche Belange im Zusammenhang mit der Veranstaltung berücksichtigen zu können.
6. Ihre Daten werden nach der Erhebung beim Landkreis Saalekreis so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen gemäß dem Einheitsaktenplan für Kommunalverwaltungen für die jeweilige Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Die Aufbewahrungsfrist beträgt nach Abschluss der Maßnahme 5 Jahre.
7. Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).

Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Sie können Ihre Einwilligung jederzeit für die Zukunft bei der verantwortlichen Dienststelle widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung bis zum Widerruf wird davon nicht beeinträchtigt.